1328 gegen Ludwig von Bayern, seitens Urbans VI. gegen den Gegenpapst Clemens VII. Das berühmteste derartige Unternehmen aber sind nach den Albigenserkriegen die Kreuzzüge gegen die Hufiten (vgl. VI, 470—507). [Funk.]

Krieg ist nach dem Sprachgebrauche ein Zustand des Kampfes unabhängiger staatlicher Gesellschaften wider einander. Es ist demnach ein Zustand und nicht bloß eine einzelne Handlung der Feindseligkeit; es ist ein Kampf unter Anwendung von Waffengewalt; dieser findet statt zwischen unabhängigen staatlichen Gesellschaften. Hiermit sind aus der folgenden Behandlung Privatfehden eierkrieg, Rebellion und Bürgerkrieg andererseits ausgeschlossen, wie man denn unter Krieg im gewöhnlichen Sinne zunächst nur den öffentlichen, äußeren Krieg versteht. Dieser dem Sprachgebrauche entsprechende Begriff des Krieges wird wesentlich ergreift, sobald man ihn unter moralische und völkerrechtliche Gesichtspunkte stellt. Während Hugo de Grotius, um der Frage nach der rechtlichen Zulässigkeit des Krieges in keiner Weise vorzugreifen, mit der sehr allgemein gefaßten Bestimmung des Krieges *status per vim certantium, qua tales sunt*, sich zufrieden gab, machte Heinrich Cocceji darauf aufmerksam, daß selbst die ganz allgemein gefaßte völkerrechtliche Frage, ob es überhaupt ein Recht geben könne, einen Staat mit Krieg zu überziehen, sich widerspruchsvoll bleibe, so lange nicht eine darüber ungeredete Vergewaltigung des Gegners als Zweck des Krieges von vornherein ausgesprochen werde. Er fordert darum in die Definition die Aufnahme des einzigen naturrechtlichen öffentlichen Zweckes des Krieges, nämlich Wahrung des Rechtes und berechtigter Interessen gegenüber den Unrechthe (omnes reliquas certationes per vim non bella sunt, sed latrocinia, et hoc tantum inter bruta quoque bella foront, Commentar. in Hug. Grot. I, cap. 1, § 2 Additio). Die ähnliche Auffassung vertreten unter den neueren Schriftstellern Taparelli, Liberatore, Périn, vgl. Holzendorff u. A. In dieser Auffassung sieht somit der Krieg als Zustand des Kampfes unabhängiger staatlicher Gesellschaften gegen einander zur Wahrung ihrer Rechte. Jedoch begnügen sich heute manche Schriftsteller, ebenso wie schon die älteren Auctoren, zunächst mit der Beschreibung des Krieges seiner äußeren Erscheinung nach, indem sie später eine besondere Definition des gerechten Krieges aufzusuchen. Im Interesse der Klarheit ist das Verfahren vorzuziehen.

H. Suarez, Opp. ed. Paris. 1858, XII, cap. 13, disp. 13, praeeamb.; Laymann, Theol. I, tract. 3, cap. 12, n. 1; Schwarz, Institutiones Juris univ. naturae et gentium tit. 3, instr. 1, § 1; Hugo Grotius, De belli ac pacis, ed. Lausann. 1751, I, l. 1, § 2 et n. 3; Taparelli, Saggio teologico natural diritto, Diss. 6, c. 4, a. 1, in Übersetzung von Schötl und Rinered II,

n. 1317 ff.; Liberatore, Institut. philos., III, Ethica, P. 3, cap. 2, a. 1; Heffler, Das europäische Völkerrecht der Gegenwart, 7. Aufl. (Geßfen) 239; Holzendorff, Encyclopädie der Rechtswissenschaft, 7. Abth., § 60, S. 1239.

I. Die naturrechtliche Zulässigkeit des Krieges im Allgemeinen. Naturrechtlich zulässig ist der Krieg, weil er nothwendig ist, wenn und soweit er nothwendig ist; mit anderen Worten: der Krieg wird durch seine Nothwendigkeit gerechtfertigt, bedingt und beschränkt.

1. Die Nothwendigkeit rechtfertigt den Krieg. Mit seiner rechtsgiltigen Existenz hat jeder Staat das Recht der Selbsterhaltung, der Bewahrung seiner territorialen Integrität, sowie des ungestörten Besitzes und Genusses aller derjenigen Güter, welche ihm für Erreichung des Staatszweckes in seinem ganzen Umfange rechtlich zur Verfügung stehen. Wenn nun auch äußere Realisirung, physische Erzwingbarkeit nicht zum Wesen des Rechtes schlechthin gehört, wie die Vertreter der sogen. historischen Schule irrthümlich annahmen, so bleibt es doch andererseits ein wesentliches Postulat der gesellschaftlichen Ordnung, daß die jedem Rechte zustehende Rechtskraft in der Regel über die Grenzen einer bloß moralischen Bedeutung hinaus zur Verwirklichung des Rechtes in den thatsächlichen Verhältnissen des Lebens führen könne. (Vgl. Theod. Mayer, Institut. Juris naturalis, Friburgi 1885, 379. 451.) Für das Individuum ist in dieser Hinsicht regelmäßig ausreichend gesorgt. So lange eine fest organisierte staatliche Rechtsordnung nicht bestand, war die Selbsthilfe das erlaubte, weil einzige Mittel der Rechtsverfolgung. Aber auch dort, wo bei geordneten Rechtszuständen die Rechtsverwirklichung staatlichen Organen vorbehalten war, mußte in Fällen, die ihrer Natur nach den Schutz der öffentlichen Gewalt als unzureichend erscheinen ließen, die private Selbsthilfe gestattet bleiben. Hierauf beruht die Lehre von der gerechten Selbstvertheidigung gegenüber einem gegenwärtigen ungerechten Angriffe, die von allen positiven Gesetzgebungen eben darum anerkannt wird, weil es eine unverkennbare Forderung des Naturrechtes ist, daß die an und für sich nothwendigen Mittel des Rechtsschutzes auch erlaubte seien. Was für das Individuum gilt, behält in analoger Weise seine Geltung für den Staat. Widerförmig wäre es, von Rechten der staatlichen Gesellschaft zu sprechen, wenn ihr nicht zugleich dem im internationalen Verkehr vorkommenden Unrechthe gegenüber die durchaus nothwendigen Schutzmittel zugestanden würden. Dazu kommt, daß Schutz und Durchführung der Rechte einer staatlichen Gesellschaft als oberste Pflicht der Träger der staatlichen Auctorität erscheint. Der Private mag zuweilen aus Liebe zur Tugend auf Geltendmachung seines Rechtes Verzicht leisten; der Verzicht auf die Rechte des Staates seitens der Staatsgewalt wäre in der Regel ein unerlaubtes Preisgeben des öffentlichen, Allen